



Bundesratswahlen sind meist auch ein «Kantonsmaskenball».

PETER KLAUNZER / KEYSTONE

Stellt die Kantonsfrage, aber stellt sie richtig!

Bei Bundesratswahlen wird gerne über die Herkunft der Kandidaten diskutiert. Die Statistik der Kantonzugehörigkeit bisheriger Bundesräte sagt aber wenig über den Einfluss der Stände in Bern aus. Gastkommentar von Rahel Freiburghaus

«Eine Zentralschweizerin soll es sein!» «Ein Nordwestschweizer!» Und überhaupt: «Eine Berner Doppelvertretung hat der Schweiz noch nie geschadet, im Gegenteil!» «Irrlichtert nicht», mahnt man derweil in Zürich, später in Zug, mit erhobenem Warnfinger gegen die Freundeidgenossen – es müsse mindestens ein Geberkanton des Nationalen Finanzausgleichs im Bundesrat vertreten sein. Über 150 Jahre hat eine Kantonsklausel festgelegt, dass nicht mehr als ein Bundesrat pro Kanton zulässig sei. Obwohl man die Bestimmung inzwischen fallenliess, ist es nach wie vor wichtig und richtig, die Kantonsfrage zu stellen. Nur sollte sie richtig gestellt werden.

Die Unschärfe hinter den Zahlen

Verkürzt gestellt ist die Kantonsfrage dann, wenn man sich mit der amtlichen Statistik begnügt und daraus einen Vertretungsanspruch ableitet. Derartige Forderungen verkennen die Unschärfe dieser nur vermeintlich simplen Zahlen. Ist Guy Parmelin nun eigentlich der 15. oder 16. Bundesrat aus der Waadt? Je nachdem, ob man in Pierre Graber nur einen «Papier-Neuenburger» erkennt, der seine ganze politische Karriere in der Waadt durchlief, wird die Antwort anders ausfallen.

Über die Jahrzehnte hat sich die Auslegung der einstigen Kantonsklausel nämlich verändert. Welcher Bundesrat welchem Kanton zugeordnet wurde, bestimmte sich zunächst nach dem Bürgerrecht. Schon in den frühen 1970er Jahren stimmten Bürger- und Wohnkanton aber nur noch bei weniger als der Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner überein. Und als die Frauen ab 1971 auf die nationale Politbühne drängten, halfete dem Kriterium endgültige Willkür an. Die Frau erwarb durch Heirat nach damals geltendem Recht ja den Heimatort des Gatten.

So fiel etwa Liliane Uchtenhagen-Brunner, der ersten offiziellen Bundesratskandidatin, der Baseltbieter Bürgerort ihres Gatten zu, obwohl sie selbst im solothurnischen Olten geboren wurde und zeitlebens im Kanton Zürich politisch engagiert war. Ab 1987 wurde anstelle des Bürgerrechts daher der Ort der politischen Tätigkeit für die Kantonsklausel herangezogen (bzw. der Wohnsitz, wenn eine Quereinsteigerin ins Rennen um einen Bundesratsitz stieg).

Doch auch so ritzte die Praxis weiterhin am Geist der Bundesverfassung. Das bewies nicht zuletzt die Wahl von Ruth Dreifuss. Die im Aargau heimatberechtigte Magistratin hatte einst dem bernischen Stadtrat angehört und war durch Verlegung ihrer Niederlassungspapiere über Nacht Illegale zur Genferin geworden.

Mehrgleisiges Kantonslobbying

Wer die bisherigen Bundesratsmitglieder anhand der offiziellen Angaben auf die Kantone einteilt, erkennt also, wie mobil deren Biografien eigentlich sind. Ebenso falsch ist die Kantonsfrage aber auch von denjenigen gestellt, die sich aus einer Bundesratsvertretung bessere bundespolitische Zugangschancen für den Kanton erhoffen. Enge persönliche Bande zum zuständigen eidgenössischen

Ist Guy Parmelin nun eigentlich der 15. oder der 16. Bundesrat aus der Waadt?

Departementsvorsteher zu pflegen, ist bloss ein Pfeiler kantonaler Interessenvertretung.

Während die Repräsentation der unterschiedlichen Landesgegenden im Bundesrat auf lange Sicht doch relativ ausgeglichen ist, ist sie unter den Kaderpositionen der Bundesverwaltung umso schief. Auch die Präsidien der gewichtigen interkantonalen Konferenzen werden meist nur in einem kleinen Zirkel «regimentsfähiger» Kantone ausgemacht. Dass etwa Basel-Stadt während der Covid-Pandemie zeitgleich die Konferenzen der Gesundheits- wie auch der Volkswirtschaftsdirektoren anführte, sorgte jedenfalls nicht für Irritationen.

Im gleichen Masse, wie den anderswo weniger «vertretungsverwöhnten» Kantonen die Türen versperrt sind, gewann der Direktkontakt zur Landesregierung an Bedeutung. Letzterer ist rein funktional motiviert: Der Gesundheitsminister verhandelt mit der Gesundheitsdirektorin; die Vorsteherin der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie tauscht sich informell mit dem das Energiedossier verantwortenden Staatsrat aus. Ob man dasselbe Kantonswappen trägt, ist da weitgehend unerheblich. Im Gegenteil: Als Bundesratsmitglied könne man heutzutage kaum noch so offen für ein Grossbauprojekt im eigenen Kanton weibeln, wie das seinerzeit Adolf Ogi für den Lötschberg-Basistunnel noch tun konnte, bilanzierte eine frühere Berner Regierungsrätin nüchtern.

Die Kantonsfrage richtig zu stellen, hiesse also erstens, den Blick nicht auf den Kantons- bzw. Regionenproporz im Bundesrat zu verengen. Zweitens bedingte es, darüber zu sinnieren, wie sich der frühzeitige, sachgerechte und chancengleiche Einbezug aller Kantone langfristig sicherstellen liesse – fernab des müssigen «Kantonsmaskenball», der sich rund um Bundesratswahlen abspielt.

Rahel Freiburghaus forscht am Lehrstuhl für Schweizer Politik am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern. In ihrer Dissertation befasste sie sich mit kantonaler Interessenvertretung in der Bundespolitik.

Die nächsten Jahrzehnte entscheiden, ob wir die Ziele bei der Dekarbonisierung unserer Volkswirtschaften und der Erhaltung unserer Lebensgrundlagen erreichen werden. Wer heute in die Zukunft schaut, und sei es auch nur in die unmittelbare, scheint allerdings wenig Grund für Optimismus zu finden. Nicht nur dass eine Krise die andere jagt, wir erleben gerade das Zusammenfallen mehrerer Krisen globalen Ausmasses: die Rückkehr des Krieges vor der eigenen Haustüre, Energielapspheiten infolge einseitiger Abhängigkeiten, Inflation und Rezessionsängste, Fragilität einer postpandemischen Volksgesundheit, Missachtung grundlegender Menschenrechte in autoritären Staaten und ein Klima, das Wetterextreme zur (neuen) Normalität werden lässt.

Die Wissenschaft hat in den vergangenen 200 Jahren das Leben von Millionen von Menschen in einem kaum vorstellbaren Ausmass verbessert und uns Wohlstand gebracht. Dies wird auch in Zukunft der Fall sein, sofern wir es schaffen, den wissenschaftlichen Fortschritt in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

In der Bekämpfung der Pandemie konnten wir dank technisch-medizinischem Fortschritt noch Schlimmeres verhindern. Die diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten sind heute um ein Vielfaches mächtiger als noch vor dreissig Jahren. Technologien wie die Crispr/Cas-9-Schere machen es möglich, defekte Gene zu eliminieren und Erbkrankheiten besser zu behandeln. Methoden des maschinellen Lernens unterstützen Ärzte bei der Diagnose von Tumoren und erlauben es, Medikamente schneller und günstiger zu entwickeln als mit herkömmlichen Methoden. Und es gibt noch viel Luft nach oben in der personalisierten Medizin und der datengestützten Gesundheitsvorsorge.

Die Klimakrise ist in hohem Masse auch eine Energiekrise, geht doch der Löwenanteil des CO₂-Ausstosses auf die Verbrennung von Erdöl, Gas und Kohle zurück. Was sich schlimm anhört, ist

Die Schweiz riskiert, ihre wissenschaftliche Stärke einzubüssen

In der Pandemie konnte dank medizinischem Fortschritt Schlimmeres verhindert werden. Eine Lektion daraus ist, den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Behörden zu verstetigen. Mit der Nichtassoziiierung an Horizon Europe gefährdet die Schweiz jedoch ihre starke Stellung. Gastkommentar von Joël Mesot

auch eine Chance: Die Abhängigkeit von russischem Gas hat den Westen wachgerüttelt. In der Schweiz scheint der politische Wille gestärkt worden zu sein, den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen. Machen wir uns keine Illusionen: Der Umbau des Energiesystems bleibt eine Herkulesaufgabe, und es gibt etliche Knacknüsse zu lösen. Aber es gibt viele geschickte Lösungsansätze, die einen bereits auf dem Markt, andere auf dem Sprung dazu – von Konzepten der Kreislaufwirtschaft über neue Baumaterialien bis hin zur Nutzung von (grünem) Wasserstoff als saisonalem Energiespeicher.

Fortschritte kommen oft in kleinen Schritten und eher selten mit grossen wissenschaftlichen Durchbrüchen, wobei diese meistens auf jahrzehntelange Grundlagenforschung zurückgehen. Die Photovoltaik, auf der heute so viele Hoffnungen ruhen, fußt auf theoretischen Beiträgen von Max Planck, Albert Einstein und weiteren Physikern zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Entwicklung einer Coronainjektion in Rekordzeit wäre ohne Forschung zur mRNA-Technologie von Pionierinnen wie Katalin Kariko nicht denkbar gewesen. Deshalb ist es wichtig, dass wir jenseits enger utilitaristischer Überlegungen weiterhin von Neugier getriebene For-

schung fördern – gerade in der Schweiz. Die Quantenphysik ist eines der Themen, das unter Forschenden seit geraumer Zeit für erhöhten Puls sorgt; das Potenzial eines wissenschaftlichen Durchbruchs in nicht allzu ferner Zukunft ist gross. Darauf setzen weltweit Firmen und Länder und investieren Milliarden von Franken. Quantencomputing – als nur eine von mehreren Anwendungen – kann die Medikamentenentwicklung oder die Materialforschung revolutionieren.

Und die Schweiz? Sie ist mittendrin und wissenschaftlich ein Schwergewicht. Sie riskiert allerdings hier wie auf anderen Gebieten auch, ihre starke Stellung durch die Nichtassoziiierung an Horizon Europe einzubüssen. Der direkteste Weg, Wissen in die Gesellschaft zu transferieren, findet über unsere Absolventinnen und Absolventen statt. Rund 3000 junge Menschen treten jedes Jahr mit Masterdiplom oder Dokortitel in den Arbeitsmarkt ein oder gründen ihre eigene Firma. Wissen fliesst aber nicht nur in eine Richtung; die ETH profitiert ebenso von ihren vielfältigen Kontakten mit der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Eine Lektion aus der Pandemie ist, dass wir den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Behörden verstetigen müssen. Auf internationaler Ebene gilt es, den Multilateralismus und die Wissenschaftsdiplomatie zu stärken, wie es sich zum Beispiel die Initiative Geneva Science and Diplomacy Anticipator (Gesda) zum Ziel gesetzt hat. Die Herausforderungen sind gross, und unser Einfluss auf das Weltgeschehen ist als Kleinstaat begrenzt. Dennoch halte ich es mit dem Wissenschaftler Hans Rosling, der in seinem postum erschienenen Buch «Factfulness» zehn Gründe dafür liefert, dass der Zustand der Welt objektiv besser ist, als wir ihn subjektiv wahrnehmen. Die Hochschulen als Ort der Bildung und Forschung leisten ihren Beitrag, damit dieser Optimismus berechtigt ist.

Joël Mesot ist Präsident der ETH Zürich.